



KERSTEN ARTUS
Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
Fraktion DIE LINKE

Agathenstraße 10
20357 Hamburg
<http://kerstenartus.de>



Hamburg, Dezember 2008

Zehn Monate Bürgerschaft – Es ist gut, dass wir drin sind

Liebe Genossen und Genossinnen, liebe Interessierte,

als DIE LINKE Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen am 24. Februar diesen Jahres aus dem Stand 6,4 Prozent erhielt, wussten wir alle nicht genau, was auf uns zu kommen würde. Sicher war nur: Wir wollten etwas verändern: Die Rathauspolitik transparenter machen, der sozialen Spaltung dieser Stadt begegnen, außerparlamentarischen Initiativen Gehör verschaffen.

Wir zogen mit acht Abgeordneten in die Bürgerschaft ein und legten gleich los: Die Abschaffung der Studiengebühren, ein kostenloses Kita-Mittagessen, ein Sozialticket, mehr BetriebsprüferInnen – das waren unsere ersten Forderungen. Die SPD war aufgrund der neuen Konkurrenz gezwungen, unsere Wahlkampforderungen zu den ihren zu machen und trieb die selben Themen nach vorne. Was wäre wohl passiert, wenn es uns nicht gegeben hätte? Die Ergebnisse sind bekannt: So war der GAL der Koalitionsfrieden wichtiger als ihre eigenen Wahlversprechen, sie stimmten nachgelagerten Studiengebühren zu und verkauften eine um ein paar Euro verbilligte Monatskarte als sozialen Erfolg.

Eimsbüttel stand mehrfach im Zentrum der Hamburger Politik: Möbel Höffner und die Uni-Verlagerung bestimmten oft die Titelseiten der Lokalpresse. Wir haben stets Position für die Stadtteile Eidelstedt und Rotherbaum und die dort lebenden Menschen bezogen. Ich habe als Eimsbüttlerin der Bürgerschaftslinken den Streit um den Bau eines Möbel Höffner-Klotzes mit Kleinen Anfragen an den Senat begleitet. Dank der guten Arbeit unserer Genossen und Genossinnen vor Ort konnten die richtigen Fragen gestellt und für die nötige Transparenz gesorgt werden. Wir Linken haben mitbewirkt, dass die „Angelegenheit Höffner“ wieder an den Bezirk zurückgegeben wurde und der GAL, insbesondere Frau Senatorin Hajduk, nach Moorburg ihr zweites politisches Desaster nach Moorburg unterlief.

Eine kleine Eimsbüttler Initiative sorgte in diesem Jahr für mächtigen Wirbel. Sie stoppte die baulichen Veränderungen am Isebekkanalufer und sammelte über 11.000 Unterschriften in unserem Bezirk. Auch hier habe ich mit Kleinen Anfragen das Thema in den Senat hineinragen können, obwohl hier unsere Bezirksfraktion federführend befasst ist. Es zeigte sich, wie wichtig ein Austausch zwischen Bezirks- und Bürgerschaftsfraktion im Zusammenspiel mit der Eimsbüttler Partei ist. Wir werden die Kommunikation im kommenden Jahr sicherlich noch ausbauen.

Meine Aufgaben in der Bürgerschaft sind vielfältig: Ich bin mit der Frauen- und Gleichstellungspolitik betraut, mit der Gesundheitspolitik, dem Verbraucherschutz, Medien und

eine der beiden gewerkschaftspolitischen Sprecherinnen. So habe ich Mitte Mai, nachdem die Deutsch-Afghanin Morsal O. von ihrem Bruder ermordet wurde, in der Bürgerschaft und in der Presse regelmäßig dazu Stellung genommen und den Senat gedrängt, sich seiner Mitverantwortung zu stellen. Der Versuch, dieses Verbrechen als kulturtypischen Ehrenmord darzustellen und die Debatte über die gesellschaftsimmanente Gewalt gegen Frauen zu klein zu halten, scheiterte. Aber auch die Folgen der finanziellen Kürzungen in der Jugendhilfe insbesondere für Mädchen mit Migrationshintergrund konnten deutlich herausgestellt werden. Das 16-Jährige Opfer hatte mehrfach Hilfe gesucht. Die Lebensgefahr, in der sich die schon vorher durch Familienmitglieder misshandelte Jugendliche befand, wurde dennoch nicht rechtzeitig erkannt.

Im Juli benötigte die Drogenhilfeeinrichtung SUBway unsere Hilfe, und bekam sie – durch Kleine Anfragen, direkte Gespräche mit Betroffenen, Debatten in der Bürgerschaft, Pressemitteilungen, Teilnahme an einer Kundgebung vor den CDU-Parteizentrale am Leinpfad und an einer Talkshow im HH1-Sender. SUBway waren komplett die Gelder für seine Arbeit entzogen worden. Die mehrfach behinderten, ehemals süchtigen und nicht selten obdachlosen Menschen, standen vor dem Nichts. Die Kaltblütigkeit des Senats war grenzenlos. Hatte doch die Behörde SUBway systematisch durch Entzug der Zuwendungen in einen Gerichtsprozess nach den anderen getrieben. Deutlich wurde: Die Drogenpolitik in Hamburg ist nach wie vor ein wichtiges Feld linker Politik, fängt bei der unmittelbaren, niedrigschwelligen Hilfe an und hört beim Spritzenverkauf im Knast noch lange nicht auf.

Ich habe Initiativen und Projekte vor Ort besucht, zum Beispiel das Frauenzentrum FLAKS; den Tagestreff für obdachlose Frauen KEMENATE, den Lesbenverein Intervention, Kitas. Ich habe an einem Treffen medienpolitischer SprecherInnen aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen und an einer Fachtagung für Kitas teilgenommen. Mit aktiver Teilnahme und /oder Presseerklärungen habe ich Solidarität bei Streikenden und vor dem Arbeitsgericht klagenden Kollegen und Kolleginnen bezeugt. Gesundheitspolitische Themen wie Aids, Mammascreeing, Verhütung oder die Gesundheits-E-Card werden von mir aus linker Sicht kommentiert. Regelmäßig fahre ich nach Berlin, um mich mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der anderen Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen der Linken auszutauschen. Ich treffe mich mit Kolleginnen aus den Frauenhäusern, besuche Betriebsräte und Gewerkschaften. Ich habe bislang zwei Große Anfragen an den Senat initiiert: zu Gender Budgeting und zu Frauenhäusern. Beim Hundegesetz habe ich nach der Experten/-innenanhörung und zwei Kleinen Anfragen einen eigenen Entwurf für ein neues Hundegesetz in die Bürgerschaft eingebracht. Meine Arbeit als Abgeordnete ist auf meiner Website transparent dargelegt.

Mit dem Geld, das ich von der Bürgerschaft erhalte, gleiche ich den Gehaltsausfall aus, den ich durch die ständige Arbeitszeitreduzierung in meinem Job habe. Es bleibt aber immer etwas über, um Flugblätter, Anzeigen, Raummiete und eine Kinderreise für ein Kind aus einer Hartz IV-Familie zu übernehmen. Ich finanziere mit der Entschädigung auch meine Website <http://kerstenartus.de> und habe vor kurzem eine weitere, <http://8-maerz.de>, ins Netz gestellt. Leider schikaniert mich mein Arbeitgeber trotz eines gewissen gesetzlichen Schutzes durch Abmahnungen und einer rigorosen, ausnahmslos einzigartigen Ein- und Ausgangskontrolle. Darüber zeigen selbst CDU-Abgeordnete und die Bürgerschaftskanzlei Unverständnis. Hiergegen werde ich gerichtlich vorgehen.

Für das kommende Jahr stehen mehrere auf meine Initiative hin frauenpolitische gesetzliche Initiativen an: Das Landesfeiertagsgesetz soll um den 8. März erweitert werden. Es soll eine Bundesratsinitiative für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft sowie eine novellierte Fassung eines Gleichstellungsgesetzes für den Öffentlichen Dienst von uns eingereicht werden. Am 24. Februar werde ich eine Anhörung zur Gleichstellung für die Fraktion DIE LINKE abhalten. Ich bin außerdem aktuell mit der Neugestaltung des Nichtraucherschutzgesetzes befasst und mit den Rechten von Intersexuellen.

Derzeit müssen wir bei den Haushaltsberatungen unsere Frau und unseren Mann stehen. Hier zeigt sich, dass wir noch eine Menge Erfahrungen machen müssen, um die richtigen Register zu ziehen. Aber wir lernen und werden weiterhin die unhaltbaren Zustände dieser Gesellschaft skandalisieren, Alternativvorschläge machen, uns mit den Menschen vor Ort abstimmen und ihre Vorstellungen und Forderungen in die Bürgerschaft einbringen.

Ich bedanke mich bei allen, die mich unterstützt, aber auch solidarisch und konstruktiv kritisiert haben. Dank meiner tollen Referentin Berit Köhler, die nun für ein Jahr in die Elternzeit geht, konnte ich vieles stemmen, was sonst nicht leistbar gewesen wäre. Aber ich bleibe nicht allein: Tanja Chawla wird mich als Referentin in 2009 unterstützen. Außerdem ist nun mit dem Start der gesundheits- und sozialpolitischen Referentin der Fraktion zum 1. Dezember 2008, Corinna Meyer-Suter, unser Beschäftigtenstab komplett.

Es ist gut, dass wir in der Bürgerschaft sind. Ohne uns wären die meisten Debatten nur vom politischen neoliberalen Mainstreaming geprägt. Zum Beispiel sind wir die Einzigen, die den Stopp des Baus der Elbphilharmonie fordern. Viele rechnen mittlerweile als feste politische Kraft mit uns, nachdem sie von der GAL enttäuscht wurden und der SPD-Fraktion aufgrund ihrer sehr differenzierten politischen Zusammensetzung, ihrer Haltung zur Agenda 2010 und ihrer ständigen Streitigkeiten nicht mehr vertrauen. Dabei gibt es dort sehr sozial engagierte Leute. Vielleicht wechseln die ja eines Tages zu uns.

Wir machen also weiter und werden von Monat zu Monat besser, schlauer, frecher.

Herzlichst,
Kersten Artus